



Russische Wahlen: Vorhersagbar und doch kompliziert

Andrej Rjabov

Zusammenfassung:

Andrej Rjabov skizziert in seinem Artikel die Dualität von Gewissheit und Ungewissheit der diesjährigen Wahlen zur Duma in Russland. Obwohl es offensichtlich ist, dass die Partei Einheitliches Russland die mit Abstand dominierende Partei werden wird, bleiben doch zwei Unwägbarkeiten. Die eine betrifft die Anzahl und Stärke der weiteren Parteien in der zukünftigen Duma, die andere die Zukunft des Präsidenten Wladimir Putins. Eine weitere Amtszeit kann dieser nicht mehr in Anspruch nehmen, von der Macht wird er aber dennoch nicht lassen wollen. Der Autor skizziert mögliche Szenarien und die Gefahren, die auf Russland warten könnten.

Zum Autor: Andrej Rjabov ist Politikwissenschaftler und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates beim Carnegie Moscow Centre.

Die für Dezember 2007 angesetzten Parlamentswahlen und die im März 2008 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen sind ungewöhnlich. Denn unabhängig von ihrem Ausgang wird die regierende Gruppe, hauptsächlich aus Sankt-Petersburg, am Ruder bleiben und die Innen- und Außenpolitik der Administration Wladimir Putin der letzten Jahre weitertreiben. Unter den Bedingungen gelenkter politischer Wahlprozesse wird die Machtelite keine Probleme mit der Erreichung des gewünschten Wahlergebnisses haben. Doch Probleme wird es geben. Zum einen betrifft sie die neue Machtkonstellation nach 2008, die künftigen Verhältnisse zwischen den entscheidenden Machtinstituten Präsident, Regierung, Parlament, zum anderen die Rolle, die dabei Putin spielen wird.

Im Vorfeld der Wahlkampagne gaben Experten Prognosen ab, nach denen Putin die präsidentialen Vollmachten zugunsten der Regierung und des Parlaments umverteilen wird, um seine Rolle als Schiedsrichter zwischen verschiedenen Gruppen der regierenden Elite bewahren zu können. Es

entstanden sogar Vermutungen, dass sich das superpräsidiale System in eine gemischte präsidential-parlamentarische oder gar parlamentarische Republik transformieren werde. Dabei wurden erhebliche Änderungen der bestehenden Verfassung des Landes oder sogar die Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes nach 2008 als Möglichkeiten prognostiziert. Besonders, nachdem Putin auf dem im Oktober stattgefundenen Kongress der kremlnahen Partei „Einiges Russland“ zugesagt hatte, ihre Wahlliste anzuführen und nach Ablauf seiner Präsidentschaftszeit die Regierung zu leiten, als „durchaus realistisches Angebot“ bezeichnet hatte¹.

Die Kampagne für die Wahlen in die Staatsduma 2007 wird als die langweiligste in der gesamten Geschichte der Parlamentswahlen seit 1993 bezeichnet. In der Tat lässt sich an der Vorhersagbarkeit der Ergebnisse nicht zweifeln. Ohne Zweifel, die Partei „Einiges Russland“ wird einen überlegenden Sieg davontragen. Nicht we-

¹ <http://www.edinros.ru/news.html?id=124226>.

niger offensichtlich ist es, dass nur drei Parteien die Chance haben, neben „Einiges Russland“ Parlamentsmandate zu bekommen – die Kommunisten (KPRF), „Gerechtes Russland“ und die Liberaldemokraten (LDPR) von Wladimir Schirinowski. Insgesamt sind elf Parteien zur Wahl zugelassen.

Eine gewisse Ungewissheit betrifft nur zwei Fragen. Die erste davon besteht darin, wie überzeugend der Sieg von „Einiges Russland“ sein wird. Die zweite Frage betrifft die andere Parteien: können sie alle die 7%-Hürde überwinden. Nachdem Wladimir Putin die Wahlliste von „Einiges Russland“ anführt, ist klar geworden, dass die „Partei der Macht“ unter Nutzung der hohen Popularität des Präsidenten im künftigen Parlament eine verfassungsgebende Mehrheit erhalten kann (über zwei Drittel der Mandate). Meinungsumfragen für den Monat Oktober bekräftigen diese Annahmen. So waren laut Lewada-Zentrum 68% der Wähler bereit, für „Einiges Russland“ zu stimmen². Weitere 10% könnte „Einiges Russland“ bei der Umverteilung der Stimmen für die Parteien erhalten, die den Sprung ins Parlament nicht schafften. Von den verbleibenden drei Parteien können sich wohl nur die Kommunisten der Dumaplätze sicher sein. Was „Gerechtes Russland“ und die LDPR anbetrifft, befinden sich diese Parteien in der „Transitzone“ – vielleicht kommen sie rein, vielleicht nicht.

Ein besonderes Interesse ruft das Schicksal von „Gerechtes Russland“ hervor. Denn diese Partei, auf Initiative des Präsidenten Putin nahe stehenden Sprechers des Föderationsrates, Sergej Mironow, sollte den Übergang des Kremls zu einer neuen Strategie beim Aufbau des Parteienpluralismus in Russland markieren. Anstatt des Systems einer dominierenden Partei, ähnlich dem des 70 Jahre lang im 20. Jahrhundert in Mexiko existierenden, sollte ein für viele entwickelte Demokratie übliches Zweiparteiensystem geschaffen werden, in dessen Rahmen „Einiges Russland“ als rechtszentristische Partei mit liberalkonservativer Orientierung und „Gerechtes Russland“ als linkszentristische Partei sozialdemokratischer Art fungieren würden. Der Unterschied zu den westlichen Demokratien sollte darin bestehen, dass beide Parteien

nicht als Bürgerinitiativen von unten, sondern von oben, unter direkter Beteiligung der exekutiven Machtstrukturen, gegründet wurden. Wenig überraschend, denn während der Vorbereitung zu den diesjährigen Wahlen haben alle Parteien – sowohl die kremlnahen, als auch die oppositionellen – ihre Kandidatenlisten durch die Präsidialadministration genehmigen lassen. Kein Zufall, dass einige bekannte Politiker, die den Präsidialstrukturen nicht genehm waren, Wladimir Ryshkow, Sergej Glasjew, Dmitri Rogosin, in den Listen der zugelassenen Parteien kein Platz fanden.

Am Anfang hat „Gerechtes Russland“ große finanzielle Unterstützung für die Parteiinfrastruktur erhalten. Viele unzufriedene Vertreter lokaler Eliten, die eher ihren Platz in „Einiges Russland“ sahen, begannen sich jener Partei anzuschließen. Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr war die Partei relativ erfolgreich. Doch obwohl Parteiführer Sergej Mironow mit zahlreichen Initiativen populistischer Art auftrat (zum Beispiel, der Übergang zur progressiven Skala der Einkommensteuer, Einführung einer speziellen Luxussteuer), konnte seine Partei die Sympathien der linksorientierten Wähler nicht gewinnen. Schlimmer noch: Mironow und seine Mitstreiter haben Wahlprobleme für die Dominanzpartei „Einiges Russland“ geschaffen. Das sorgte für Unzufriedenheit vieler einflussreicher Kremlbeamter, die nicht ohne Grund zu befürchten begannen, dass die Tätigkeit von „Gerechtes Russland“ eher zur Spaltung unter den Wählern führt statt, die Kommunisten zu schwächen. Und das würde der Opposition die Chance geben, ihre Position zu stärken.

Nach langen Überlegungen hat der Kreml deshalb wohl beschlossen, beim forcierten Aufbau des Zweiparteiensystems nichts zu riskieren. Der Übergang von einer Präsidenschaft zur anderen erscheint als zu problematisch, um ihn mit zusätzlichen Risiken zu überlasten. Putin antwortete bei seiner live ausgestrahlten Fernsehsprache am 18. Oktober auf die Frage, warum er die Kandidatenliste von „Einiges Russland“ angeführt hätte, dass „es äußerst wichtig“ sei, „den stabilen Entwicklungskurs unseres Staates zu bewahren und bei der Realisierung der in letzter Zeit getroffenen Entscheidungen Kontinuität zu

² <http://www.levada.ru/press/2007101800.html>.

bewahren“³. Bereits im September kam es bei „Gerechtes Russland“ zu Problemen. Unter dem Druck der Kremlstrukturen wurden viele einflussreiche Politiker auf regionaler Ebene nicht auf aussichtsreiche Positionen in die Parteiliste aufgenommen und verließen die Partei. Die Umfragewerte von „Gerechtes Russland“ haben sich im Vorfeld der Wahlen verschlechtert. Selbst wenn „Gerechtes Russland“ ins Parlament gelangen wird, wird die Partei wenig Einfluss nehmen können, zumal die linke Flanke durch die KPRF belegt sein wird.

Was die Partei von Schirinowski anbetrifft, so verbesserte sie stets ihre Position bei ihrer Wählerschaft drastisch in den letzten zwei Wochen vor dem Urnengang, als der Führer der LDPR die Möglichkeit bekam, im nationalen Fernsehen aufzutreten. Ob er bei den anstehenden Wahlen diese Möglichkeit haben wird, hängt vom Kreml ab. In den vergangenen Jahren, als die Kommunistenfraktion im Parlament stark war, hielt die Präsidialmacht die LDPR als Gegengewicht für notwendig. Jetzt aber hat die Machtpartei das Problem der KPRF nicht mehr. Darum mag es sein, dass man sich im Kreml bis heute über die Zukunft Schirinowskis und seiner Partei nicht im Klaren ist.

Eine weitere Besonderheit der diesjährigen Parlamentswahlen besteht darin, dass die Parteien liberaler und demokratischer Orientierung praktisch keine Chancen haben, ins Parlament einzuziehen. Das betrifft vor allem die Oppositionsparteien „Union der Rechten Kräfte“ (SPS) und „Jabloko“. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nach dieser Niederlage die bekannten liberalen Parteien die politische Bühne endgültig verlassen werden. Möglicherweise wird gerade das vom Kreml angestrebt, damit keiner die Exekutive dabei stört, den weiteren Aufbau des Mehrparteiensystems in der von ihr gewollten Richtung zu verwirklichen.

Somit wird die Parteienkonfiguration des künftigen Parlaments offenbar auf die Erhaltung des heutigen superpräsidialen Machtssystems ausgerichtet sein. Kein Zufall, dass hochrangige Funktionäre von „Einiges Russland“, die ihren Wählern bislang kein attraktives Wahlprogramm bieten konnten, sondern die Propaganda des Er-

reichten zum Schwerpunkt machten, erklärten, dass die Dumawahlen am 2. Dezember nicht einmal Wahlen im wahrsten Sinne des Wortes, sondern eine Art Referendum über das Vertrauen in Präsident Putin und seine Politik sein würden. Dabei wird die Dominanz von „Einiges Russland“ in der neuen Duma bedeuten, dass das Parlament nicht im geringsten zu einem weiteren realen Machtzentrum wird. Ganz im Gegenteil: „Einiges Russland“ wird weiterhin ein sicherer Vermittler des politischen Willens des Kremls sein, der höchstwahrscheinlich Präsidentenbeschlüsse in Gesetze umwandelt, einschließlich möglicher Verfassungsänderungen.

In dieser Situation wäre die Bildung einer Regierung der parlamentarischen Mehrheit wenig wahrscheinlich. Wenn die dominierende Partei mit der Bildung des Kabinetts betraut wäre, würde das die Umwandlung der Regierung zu einem parallelen Entscheidungszentrum neben dem Präsidenten bedeuten. Die russische Machtelite ist dazu nicht bereit. Das Beispiel der heutigen Ukraine, wo das letzte Jahr durch harte Rivalitäten zwischen dem Präsidenten und der Regierung geprägt war, wird in den russischen politischen Kreisen als unzulässige Unordnung wahrgenommen. Analytikern zufolge könnte der Dualismus der Exekutive breite Schichten im russischen Beamtentum, die an die strikte vertikale Hierarchie gewöhnt sind, desorientieren. Nicht zufällig hat Präsident Putin bei seinem Treffen mit Journalisten am 18. Oktober zu verstehen gegeben, dass „wir gerade das Duumvirat in der Exekutive nicht zu schaffen“ brauchen⁴ und dass er nicht beabsichtige, die Vollmachten der Regierung und des Sicherheitsrats zu erweitern⁵.

Allerdings lässt die Erhaltung des unverändert superpräsidialen Systems die zweite Hauptfrage offen: Wie und über welche Kanäle beabsichtigt Putin, seinen Einfluss auf die Politik nach 2008 zu erhalten. Die Schärfe und Bedeutung dieser Frage ist dadurch bedingt, dass die russische politische Tradition die Existenz anderer, einschließlich informeller Machtzentren außer der obersten Macht ausschließt. In Russland fehlt die konfuzianische Tradition der

³ http://www.kremlin.ru/appears/2007/10/18/1259_type63381type82634type146434_148629.shtml.

⁴ http://www.kremlin.ru/appears/2007/10/18/1647_type63380_148675.shtml.

⁵ Eben dort.

„Macht der Weisen“, von der insbesondere in China Gebrauch gemacht wird. Dort behielten Den Xiaoping und Jiang Zemin ihren Einfluss auf die Wahl der politischen Schlüsselentscheidungen, nachdem sie den höchsten Posten des Landes verlassen haben; auch im Ruhestand wirkten sie auf die politischen Prozesse hin, allerdings so, als ob sie es von der Seite, also horizontal täten. In Russland fehlt auch die iranische Tradition der „geistlichen Führung“, die mit den staatlichen Institutionen formell nicht verbunden ist.

Aus dieser Situation kann es nur einen Ausweg geben – die Wahl eines „technischen“ Präsidenten, der nicht engagiert sein wird und bald unter einem Vorwand vor dem offiziellen Ablauf seiner Präsidentschaftsfrist sein Amt verlässt. Das würde die Möglichkeit für die Rückkehr Putins in den Kreml eröffnen, da die Verfassung der Russischen Föderation einem Politiker, der bereits zwei aufeinander folgende Amtszeiten als Präsident abgeleistet hat, es nicht verbietet, nach einer Pause für das höchste Staatsamt erneut anzutreten. Doch es gilt einen Politiker zu finden, der an das Präsidentenamt nicht festhalten wird. Der am 12. September ernannte Ministerpräsident Viktor Subkow ist eine ideale Figur. Er ist 66 Jahre alt und hat keine politischen Ambitionen. Bis zu seiner Ernennung zum Premierminister gab es Pläne, ihn in die Oberkammer des Parlaments zu delegieren, gleichzusetzen mit einer Ehrenentlassung.

Interessant, dass der Regierungsvorsitz Subkows mit der plötzlichen Preiserhöhung für die Hauptnahrungsmittel zeitlich zusammenhängt. Wenn die Regierung in der bis zum Jahresende verbleibenden Zeit es nicht schafft, die Preise zu zügeln, wird Subkow keine Chance haben, zum Nachfolger Putins zu werden. Und dies fällt ihr nicht leicht, da die Ursachen der Krise auf dem Lebensmittelmarkt einen fundamentalen Charakter haben. Das verlangt Systemveränderungen in der Wirtschaft: Entmonopolisierung und Entwicklung der Klein- und Mittelunternehmen auf dem Verbrauchermarkt. Soziologische Umfragen vom Oktober haben gezeigt, dass es Subkow nur schwer gelingen wird, die früheren Favoriten des Präsidentschaftswahlkampfes, die ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Sergej Iwanow und

Dmitri Medwedew, zu überholen. Laut Angaben des Lewada-Zentrums waren im Oktober 26% der Wähler bereit, für Medwedew, 25% für Iwanow und lediglich 13% für Subkow als Präsidentschaftskandidaten zu stimmen.⁶ Eben darin besteht das Problem: Wenn sich Subkow im Kampf um das Präsidentenamt als wettbewerbsunfähig erweist, könnte Putin gezwungen sein, auf die Idee eines „technischen“ Präsidenten zu verzichten und zu den Schemata einer Diversifizierung der Vollmachten der Exekutive zurückzukehren. Es steht ausser Frage, dass Iwanow und Medwedew mit einer vorübergehenden Präsidentschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht einverstanden wären. Oder wird Putin versuchen, einen weiteren unauffälligen Vertreter seines Teams ohne ernsthafte politische Ambitionen mit der Nachfolgerrolle zu betrauen?

Wer das Land nach 2008 leiten wird, hat es mit schwierigen Aufgaben zu tun. Das heutige politische System in Russland ist von geschlossenen Mechanismen der politischen Entscheidungsprozesse und vom fehlenden Feedback zur Gesellschaft geprägt. Die russische Wirtschaft wird sich laut Prognosen in den nächsten Jahren neuen Herausforderungen zu stellen haben. 2009 entsteht ein Arbeitskräftemangel in den wichtigsten Berufen, 2009-2011 wird der Bedarf an einer technischen Modernisierung des Erdöl- und Erdgaskomplexes sehr akut sein. Inwieweit ist die heutige Machtelite, die an die Bedingungen des Ressourcenüberflusses gewöhnt ist, bereit, verwaltungspolitische Entscheidungen zu treffen und umzusetzen? Die Reaktion der Behörden auf die Hypothekenkrise in den USA, die das russische Bankensystem schmerzhaft betroffen hat, oder der Versuch, die Krise auf dem Lebensmittelmarkt mit administrativen Einschränkungen zu bekämpfen, zeugen davon, dass es hier ernsthafte Probleme gibt.

Das heutige Regime der „manuellen Lenkung“, das von und unter Putin geschaffen wurde, funktioniert im Sinne des Staates. Die Frage lautet, ob es genauso effektiv funktionieren wird, wenn das Lenkrad der Landesführung von einer anderen „Hand“ gedreht wird? Und kann der neue russische Präsident den Kräfteausgleich zwi-

⁶ <http://www.levada.ru/vybory2008.html>.

schen den Interessengruppen, den Putin auch „manuell gesteuert“ hat, erhalten? Denn Konflikte zwischen diesen Gruppen unter den Bedingungen schwacher staatlicher Institute und beim Fehlen einer starken Opposition mit einer hemmenden Wirkung auf die regierenden Eliten, können einen destabilisierenden Einfluss auf die Situation in den Eliten und im Lande insgesamt ausüben. Leider sind diese Fragen nicht an der Tagesordnung der begonnenen Wahlkampagne.

Andrej Rjabov, Moskau im November 2007